

Amtliches.

Arrêté.

En exécution de l'article 23 de l'arrêté de Monsieur le Général Commandant l'Armée, l'accès des débits, cafés, restaurants, est interdit aux militaires en dehors des heures ci-après:

de 10h30 à 13h
de 17h à 20h30

Par autorisation spéciale de Monsieur l'Administrateur du Cercle Militaire de Wiesbaden, l'accès dans ces établissements est permis à la population civile jusqu'à 22 heures. Il est interdit de 22h à 8h.

Le Bourgmestre est chargé de faire connaître le présent arrêté aux établissements sus-visés.

P. le Commandant d'Armes
Le Major de Cantonement
Picq

Bekanntmachung.

Gemäß Artikel 23 der Verordnung des Herrn Generals und Armeekommandanten ist der Besuch von Schankwirtschaften, Kaffees und Restaurants für Militärpersonen nur in folgenden Stunden gestattet:

von 10 Uhr 30 bis 13 Uhr
von 17 Uhr bis 20 Uhr 30

Zufolge besonderer Genehmigung des Herrn Militär-Administrators des Kreises Wiesbaden-Land ist Zivilpersonen der Aufenthalt in solchen Wirtschaften bis abends 10 Uhr erlaubt. Von abends 10 Uhr bis morgens 8 Uhr ist das Betreten dieser Lokale streng verboten.

Jeder Verstoß gegen diese Verordnung wird streng bestraft.

Der Bürgermeister wird beauftragt, dieselbe zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

P. le Commandant d'Armes
Le Major de Cantonement
grob. Picq

Wird veröffentlicht.

Flörsheim, den 4. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Arrêté du Commandant d'Armes.

Le débit KARL LOHFINK (Restaurant Kaiser-saal) sis Eisenbahnstrasse Nr. 6 est consigné à la troupe et à la population civile pendant l'un mois à date rdu 3 Février 1919.

Par ordre du Commandant d'Armes
Le Major de Cantonement.

Aux armées le 3 Fev. 1919.

Le Capitaine PICQ commandant la Compagnie 25/64
9. Regiment du Génie. S. P. 206.

Bekanntmachung.

Wiesbaden: der kommandierende General des 1. Armeekorps hat den Friedrich Richenberg, wohnhaft Adolfsallee 27, in Wiesbaden zu sechs Monaten Gefängnis, fünfhundert Mark Geldstrafe und fünf Mark Entschädigung verurteilt, weil er einer Belgierin eine Ohrfeige gegeben und sie mit dem Ausdruck „verkauft Französin“ beschimpft hat.

Le Lt. Colonel Fabre
Administrateur militaire du cercle
de Wiesbaden (Campagne)
Fabre.

Bekanntmachung.

Eine Patrouille der französischen Besatzungstruppen hat am letzten Sonntag abend verschiedene Zivilpersonen noch nach 10.30 Uhr auf der Straße angetroffen. Es wird dringend davor gewarnt, sich nach 11 Uhr nachts auf der Straße aufzuhalten.

Zu widerhandlungen werden streng bestraft.

Flörsheim, den 3. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags um 2 Uhr kommen an dem Rüsselsheimerfähr und an der Ziegelhütte mehrere Häufen Dickschlag und Keiser öffentlich meistbietend zur Versteigerung. Zusammenkunft am Rüsselsheimerfähr.

Flörsheim, den 3. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 6. d. Mts. vormittags 11 Uhr wird auf dem hiesigen Rathause, Zimmer 5, die Fischerei, zwischen der Grenze Bonnermühle oberhalb Driftel bis zur Hochheim-Rosheimer Gemarkungsgrenze öffentlich auf weitere 6 Jahre verpachtet werden.

Flörsheim, den 3. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Die Personal-Ausweise für die Bewohner der Bahnhofstraße, Artelbrückstraße, Alleestraße, Albanusstraße, Brunnengasse, Bleichstraße, Brennergasse, Borngasse, Fischergasse, Feldbergstraße und Seilerstraße sind am Mittwoch, den 5. Februar auf dem hiesigen Rathause Zimmer 6, abzuholen.

Da der Inhaber einer Personal-Ausweise noch eine Unterschrift zu leisten hat, ist persönliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Flörsheim, den 3. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, kommen im Hof des neuen Rathauses mehrere Häufen Dickschlag und Keiser öffentlich meistbietend zur Versteigerung.

Flörsheim, den 3. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß von den hier aufgehängten Plakattafeln, die von der französischen Besatzung, erlassenen Befehle und Anordnungen, sowie sonstige amtliche Bekanntmachungen beschädigt wurden. Um die Gemeinde selbst vor Schaden und Nachteilen zu schützen, wird die Bürgerschaft gebeten, diese Bekanntmachung besonders zu beachten, und mitzuhelfen, daß derartige Vorkommnisse unbedingt vermieden werden. Evtl. Täter bitte ich mir sofort zur Anzeige zu bringen.

Flörsheim, den 29. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Der Bürgermeister: Laud.

Dörrobst-Ausgabe.

Am Mittwoch, den 5. Februar, nachm. von 2—4 Uhr wird im hiesigen Rathause Lebensmittel-Ausgabestelle gegen Vorzeigung der Butterkarten Dörrobst ausgegeben. Es erhalten

1 Person 100 Gramm zu 80 Pfg. u. f. w.
bis 12 Personen 1200 Gramm zu 9.60 Mk.

Flörsheim, den 27. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Seitens der Lebensmittelkommission geht uns amtlich folgender Bericht zur Veröffentlichung zu:

Sitzung der Lebensmittelkommission

vom 28. Januar 1919.

Der Vorsitzende Herr Claas eröffnete um 7¹/₂ Uhr abends die Sitzung. Anwesend waren außer dem Vorsitzenden die Herren Phil. Jos. Bengel, Nikol. Dienst, Franz Gutjahr, Valentin Körtel, Johann Rauheimer, Franz Stücker, Heinrich Theis, Wilhelm Thomas. Die Tagesordnung war folgende:

Punkt 1. Abweisen des Angriffs in dem „Flörsheimer Anzeiger“ über die Tätigkeit der Lebensmittelkommission.

Zu 1. Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß diesem Angriff, der nur aus Lügen zusammengesetzt ist, auf das entschiedenste entgegengetreten werden soll. Es muß direkt als kindisch bezeichnet werden, daß eine von der Gemeindeverwaltung anerkannte Lebensmittelkommission, die die Interessen aller Bürger ohne Parteiunterschied vertritt, eine solche Korporation als Wahlagitation und Stimmungsmache benutzt wird. Auch kann klar bewiesen werden, daß die Kommission aus Mitgliedern von mehreren Parteien auch von unparteiischen Mitgliedern zusammengesetzt ist. Wenn der betreffende Zeitungsartikelschreiber über die Sitzung der Kommission im laufenden geblieben wäre, welche offen und ohne Verschleierung ihre Tätigkeit bekannt gibt, hätte sich der Herr zu dieser Handlung, welche jedoch nur wie oben schon erwähnt eine Wahlagitation sein sollte, nicht hinreißend lassen. Trotzdem entrüstet sich die Kommission vor diesem Angriff keineswegs, sie ist fester wie je entschlossen das wichtigste soziale Werk der Volksernährung in den Händen zu halten, damit die Gemeinde Flörsheim auch weiterhin mit Lebensmitteln bedacht wird wie es in der letzten Zeit gewesen ist. Nicht nur mit Worten soll diesem Angriff entgegengetreten werden, es soll hier auch mit Zahlenmaterial bewiesen sein. Wenn auch die Zeit unserer Tätigkeit bis jetzt noch eine sehr kurze ist, so hat sich doch der Lebensmittelverkauf pro Monat auf 8 bis 10 000 Mk. erhöht. Eine Frage wollen wir der Kommission aufwerfen: Haben sie jemals auf Lebensmittelartenabschnitte in den Geschäften Haisflocken, Graupen, Grüte, in genügenden Mengen erhalten? Sie können nur mit „Nein“ antworten. Und wenn dies in letzter Zeit der Fall war, so beruht es nur auf der Tätigkeit der Kommission. Der Bevölkerung wird doch noch bekannt sein, daß die Fleischnote vor der Revolution auf Vollkorn höchstens 120 gr. und auf Rinderkorn 60 gr. zur Ausgabe gelangte. Was brachten uns die Wochen nach der Revolution, nach dem eine Kommission auf Gemeindefskosten an allen in Frage kommenden Stellen vorsprach, um wenigstens zu erreichen, daß uns die zustehende Rationierung zugewiesen wurde und so brachten wir die Rationierung der Fleischportionen nicht nur auf 200 gr. sondern auf 220 gr. Fleisch. Auch scheint der Angreifer nicht wissen zu wollen, daß die Kommission vergangene Woche ca. 1000 Ztr. Kartoffeln zurückhielt, welche nach auswärts gebracht werden sollten. So könnten unerschöpfliche Handlungen der Kommission aufgezählt werden, jedoch ist die Kommission der Meinung, daß dieses nicht nötig ist, da gegenüber der Bevölkerung die jetzige Kommission in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit voll und ganz getan hat. Wir bitten den Artikelschreiber sich mit seinem Namen bekannt zu geben und überlassen dann das Urteil der Öffentlichkeit. Schließlich bitten wir den Herrn an allen Lebensmittelkommissionssitzungen, die öffentlich bekannt gemacht werden, mitwirken zu wollen.

Punkt 2. Uebergabe der gesamten Lebensmittelkontrolle an das Lebensmittelkommissionsmitglied Herrn Heinrich Theis.

Zu 2. Auf Antrag der Lebensmittelkommission hat der Gemeindevorstand beschlossen, damit ein in der Bevölkerung bekanntes Mißtrauen (bezüglich der Lebensmittelverteilung) nicht wieder Platz greift, daß dem Bürger Heinrich Theis die Lebensmittelkontrolle in Bezug auf Eingang, Ausgang, Lagerung und Verteilung sofort zu übergeben ist. Die Bestände des Lagers wurden sofort aufgenommen und nach dem bestehenden Lagerbuch verglichen und als richtig anerkannt.

Punkt 3. Antrag um Einberufung einer Gemeindevertreter-Sitzung betr. Regelung eines Vorfalls zwischen den Herren Fritz Nördlinger und Claas bezw. der Kommission; und Gewährung von Milchprämien ab 1. Januar 1919.

Zu 3. Die Kommission beschließt, den Vorfall seiner Zeit zwischen den Herrn Nördlinger und Herrn Claas in der Gemeindevertreter-Sitzung klarstellen zu lassen und den Beschluß der Lebensmittelkommission vom 29. Dezember 1918, betr. Gewährung von Milchprämien der demnächst stattfindenden Gemeindevertreter-Sitzung befürwortend zur umgehenden Erledigung vorzulegen. Fortsetzung auf der 4. Seite.

Die britischen Streitkräfte.

(Mitteilung des englischen Kriegsamt.)

Die alte Freiwilligen-Armee wieder aufzubauen, würde mindestens den größeren Teil des laufenden Jahres in Anspruch nehmen, und bevor man mit einem größeren Bestand an Freiwilligen rechnen kann, ist es notwendig, daß die Löhnung erhöht, und daß eine große Zahl von Leuten, welche jetzt dienen, in das bürgerliche Leben entlassen und in die Lage versetzt werden, nach der Entlassung in freier Wahl über ihren Wiedereintritt in die Berufsarmee zu entscheiden. So stehen wir offenbar vor der Wahl zwischen den Dienstpflichtarmeen, welche den Krieg gewonnen haben, und vergleichsweise kleinen Berufsarmeen von langer Dienstzeit, die erforderlich sind für die Befähigung der Besatzungen des britischen Reiches.

Die Entwürfe, die demnächst veröffentlicht werden sollen, zielen darauf ab, für diesen Zwischenzeitraum Vorkehrungen zu treffen. Sie wollen eine Sicherheit dafür schaffen, daß wir auf jedem Kriegsschauplatz genügend Streitkräfte für das laufende Jahr haben, damit wir nicht der Früchte unserer Siege beraubt werden und damit die Deutschen und ihre Verbündeten gehalten werden, gewissenhaft und pünktlich nicht nur die Bedingungen des Waffenstillstandes, sondern auch die des Friedensvertrages nach seinem Abschluß zu erfüllen. Ebenso werden wir dadurch imstande sein, unsere Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten und gegenüber denen, die von uns abhängen, zu erfüllen. Es muß deutlich erklärt werden, daß, wenn auch Großbritannien sich vorbereitet, keinen Anteil zu übernehmen, ihm nicht zugemutet werden kann, mehr als seinen Anteil zu tun, und daß die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien mit ihm vereinigt bei der Aufrechterhaltung der gemeinsamen Interessen und der Sicherung der gewonnenen Vorteile handeln werden. Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist daher die Bildung und Unterhaltung von Besatzungsarmeen in möglichen Umständen im Vergleich zu denen, die wir jetzt haben, aber von höchster Manneszucht und Leistungsfähigkeit, die uns unsere Aufgabe erleichtern und die britischen Interessen sichern sollen für den Zeitraum, der verstreichen muß, bevor in normaler Friedenszeit eine Freiwilligenarmee geschaffen werden kann. Schnelles Handeln ist daher geboten. Es ist die Absicht der Regierung, daß die Löhnung der Besatzungsarmeen, die während des Jahres 1919 auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen aufrechterhalten werden müssen, unverzüglich beträchtlich erhöht und daß Urlaubserleichterungen allen Mannschaften gewährt werden sollen, die dazu auserwählt sind, in ihnen zu dienen. Der gesamte Rest unserer gegenwärtigen Armeeen wird weiterhin so schnell wie möglich demobilisiert. Wenn das augenblicklich rasche Zeitmaß für sehr wenige Monate beibehalten wird, werden Sie sehen, daß unser militärischer Stand auf das unerlässliche Minimum herabgesetzt werden wird.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— Für die Tagung der deutschen Nationalversammlung in Weimar sind bis jetzt 22 ausländische Zeitungs-korrespondenten angemeldet, darunter fünf amerikanische. Die Reichsregierung rechnet mit einer viermonatigen Tagungsdauer.

— Sachsen leitete mit den thüringischen Ländern Verhandlungen behufs Zusammenstufens. Die Verhandlungen sind im Entgegenkommen.

— In der letzten Sitzung der Sozialisationskommission wurden nach einer Debatte aus Berlin von einigen Mitgliedern auch die Kinobetriebe und die Apotheken als kommunalisierungsreif erklärt. Während der bisherigen Beratungen ist man noch zu keinen praktischen Ergebnissen gekommen.

Die Kohlennot.

Seider sind die kürzlich gebrachten Nachrichten, daß die Kohlenförderung in Oberschlesien sich günstiger gestalten, weil der Streik abläuft, nicht zureichend gewesen. Es streiken immer noch in Oberschlesien 24 Gruben von 70, und da außerdem dort Frostwetter eingetreten ist, so wird die Beförderung zu Schiff bald aufhören und einzig der schon schwer belastete Bahnweg für die Beförderung der Kohlen übrig bleiben. Dies wirkt natürlich ebenso hemmend für die Verbraucher von Kohlen wie Streik. Zufolgedessen ist wieder die Versorgung der Landwirtschaft mit Stickstoffdüngung aus schwerster beeinträchtigt; die wichtigsten Werke, die etwa die Hälfte der Stickstoffversorgung für Deutschland liefern, sind infolge Kohlenmangels aussschwerste in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Auch die Braunkohlenwerke bieten infolge dauernder Streiks und Mangel an Arbeitern nur geringen Ertrag für den Ausfall an Steinkohlen. In allen übrigen Abzweigen, wie Streik und Mangel an vollkommenem Material, tritt leider auch noch die Arbeitslosigkeit der Eisenarbeiter, die nicht in die Bergwerke gehen wollen. Selbst in Westfalen, wo die Bergwerksbeamten versuchten, die erwerbslosen Industriearbeiter zu Arbeiten in den Bergbaubetrieben zu überreden, ist der Erfolg solcher Bemühungen außerordentlich gering geblieben. Und noch viel schlimmer steht es mit der Arbeiterfrage in der Landwirtschaft, wo jetzt bereits 1 Million Kräfte fehlen und namentlich auch die Nachfrage nach weiblichen Arbeitern dringend ist und verlangt wird, daß die während des Krieges vom Lande in die Städte zur Rüstungsindustrie gezogenen Frauen wieder aufs Land zurückkehren sollen. Man kann nur immer wieder betonen, daß weiter nichts übrig bleiben wird, als den allerhöchsten Wagem zur Uebernahme beratender Arbeiten auszuüben, in denen große Nachfrage nach Arbeitern herrscht.

Der Waffenstillstand.

Die Verhandlungen in Spa.

Das beim deutschen Rückzug zur Pflege der Verbundenen im besetzten Gebiet verbleibende deutsche Sanitätspersonal soll, wie der Verband in

der Sitzung in Spa vom 28. Januar mitteilte, ebenso wie das in Gefangenschaft geratene Sanitätspersonal entlassen werden, sobald es nicht mehr benötigt wird. Das deutsche Ersuchen, das Sanitätspersonal keinen gerichtlichen Untersuchungen und Verhaftungen aussetzen, lehnten die Alliierten ab. Von den übrigen in der Sitzung zur Sprache gelangten Fragen sind noch folgende erwähnenswert: Der Verband wies darauf hin, daß der Zug Berlin-Spa bis 30. Jan. vielfach von Personen benutzt werde, die nicht im Besitz eines Passes seien. Falls hierin keine Änderung eintrete, müsse sie die dem deutschen Publikum für die Benutzung dieses Zug- gewährten Erleichterungen aufheben.

Auf eine Bemerkung des französischen Vertreters in der Unterkommission für Eisenbahnmateriale, die Abgabe der Lokomotiven sei bisher hauptsächlich aus Preußen und nur in geringem Umfange aus den übrigen deutschen Bundesstaaten erfolgt, wies der deutsche Vorsteher darauf hin, daß dies seinen Grund in dem Bestehen der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen habe. Er betonte, daß daraus keinerlei politische Folgerungen auf das Verhältnis der deutschen Staaten zueinander gezogen werden dürften.

(b.) General v. Winterfeldt wird nach einer Meldung aus Berlin auf seinem Entschluß, seine Entlassung zu nehmen, beharren.

Der Völkerbund.

(*) Henderson erklärte einem Mitarbeiter der „Neuen Züricher Zeitung“, der Völkerbund könne nur auf dem Grundlag der Abschaffung der beschränkten Zollschranken und anderer Hemmnisse des Weltverkehrs aufgebaut werden und gedeihen. Eine Freihandelspolitik werde gleichzeitig den berechtigten Interessen der Unternehmer wie der Arbeiter Rechnung tragen. Auf dem Gebiet der Kolonien müsse allgemein die Politik der offenen Tür zur Geltung kommen. Jede Aufstellung einer Großmacht, jede Abhängigkeit der Rechte einer kleinen Nation würde gegen die Grundzüge von Demokratie und Freiheit verstoßen und statt zur Bildung eines Völkerbundes zu einer Koalition der Mächte führen, die mit der Zeit die gleichen Konflikte erzeugen würde, die es für immer unmöglich zu machen ist.

Allerlei Nachrichten.

Weimar.

(w.) Die Ernährungsfrage für die während der Nationalversammlung in Weimar berufenen anwesenden Personen ist insoweit geregelt, als vom 2. Februar an ein vereinfachtes Gastensystem eingeführt wird. Die Ankommenenden erhalten für die erste Woche ein Frühstück, worin für jeden Tag Belegkarte für ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Abendbrot enthalten sind. Die Preise für die einzelnen Mahlzeiten sind in allen Gasthöfen und Restaurants behördlich festgesetzt. Alle Entressenden haben ihre Brot-, Fleisch- und Futtermittel mitzubringen. Das gilt auch für Selbstversorger, sowie auch für die Abgeordneten, Regierungsvertreter etc.

Die Enteignung von Grundbesitz.

(b.) Laut Mitteilung des Direktors der Landwirtschaftskammer in Halle steht die Veröffentlichung eines Gesetzesentwurfes über Landhebelung bevor, wonach der Großgrundbesitz 10 Prozent seiner Fläche abtreten, müssen; ferner würden die Güter eingezogen, die von Kriegsgewinnlern gekauft worden seien, ebenso die, die in den letzten 20 Jahren den Besitzer mehrfach gewechselt hätten, ferner die schlecht bewirtschafteten und weiterhin die, deren Besitzer nicht selbst wirtschafteten, und schließlich die aus Bauerngütern zusammengekauften.

Das Mandat Eichhorns.

(b.) Alle zur deutschen Nationalversammlung gewählten Abgeordneten haben die Annahme der Wahl erklärt, bis auf den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn. Der an ihn gerichtete Brief ist als „unbestellbar“ zurückgekommen. Damit ist das Mandat Eichhorns zunächst ungültig, denn nach § 56 der Wahlordnung hat der Wahlmann die Gewählten zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären.

Matrosen-Forderungen.

(b.) In einem Schreiben an die Volksregierung verlangt der Zentralrat der Marine die sofortige Verhaftung des kommandierenden Generals des Marinekorps, v. Schröder, des Geheimen Marine-Oberkriegsrats Röster und des Korvettenkapitän Regener. Gegen die genannten Offiziere soll die Anklage erhoben werden, daß Admiral Schröder, wie es in dem Schreiben an die Volksregierung heißt, eigenmächtig, übereilt und trotzdem er im Großen Hauptquartier von dem Anseher der über politischen Verbrechen Kenntnis haben mußte, die Erschießung zweier Matrosen befohlen und mit allen Mitteln herbeigeführt habe.

Japans Friedensprogramm.

(b.) Der „Main“ will wissen, daß das japanische Kabinett dem von Matsui formulierten Friedensprogramm zugestimmt habe. Dieses Programm enthält folgende Punkte: 1. Westliches Europa, das Balkangebiet und die afrikanischen Kolonien: Japan ist in voller Uebereinstimmung mit den Ansichten Frankreichs, Englands und Amerikas. 2. Deutschland und Rußland: Japan wird in diesem Punkte eng mit England und Frankreich zusammenarbeiten. 3. Die Frage der Entschädigungen. In dieser Hinsicht stellt Japan die Regelung der Konferenz anheim. 4. Das Schicksal Samoos wird in Uebereinstimmung mit England und den Vereinigten Staaten geregelt. 5. Neuguinea kommt an Australien. 6. Der Archipel, die Marshall-, Carolinen- und Marianen-Inseln werden unter japanische Kontrolle gestellt. 7. Tsingtau, der Hafen von Kiautschow und die Eisenbahn von Tsinan kommt an Japan. 8. Japan wird sich mit den Alliierten über die Aufrechterhaltung der Ordnung in Sibirien verständigen. Keine

Macht soll eine Vorzugsstellung einnehmen betreffs des dort zu erwerbenden Konzessionen. 9. In China will und das Prinzip der offenen Tür aufrechterhalten, da Japan sich an der Aufrechterhaltung des Friedens im fernen Osten interessiert ist.

Needer und Seelente.

(tu.) Zwischen den Needern und den Seelenten die unter der Drohung des Auslandes bedeutende Löhnerhöhungen für die transatlantische Fahrt zur Einholung neuer von Lebensmitteln forderten, ist nach einer Meldung aus Hamburg durch Entgegenkommen der Needer eine Einigung erzielt worden. Die Seelenten erhalten für die transatlantische Fahrt eine Monatsbezahlung von 220 Mark gegen 70 Mark vor dem Kriege. Wie es scheint, sind die radikalen Heber unter den Seelenten auch mit dieser Regelung noch nicht zufrieden.

Kleine Meldungen.

London. Das englische Parlament ist nunmehr endgültig für den 11. Februar einberufen und wird mit einer Thronrede eröffnet.

Basel. Nach einer aus Brüssel hierher gelangten Mitteilung hat die belgische Regierung ein Gesetz zur Wahrung des Verbot für solche deutsche Kriegsgefangenen erlassen, die seit Kriegsbeginn sich an Kriegshandlungen gegenüber Belgien beteiligt haben. Das Verbot soll von zehnjähriger Dauer sein.

Madrid. Aus Lissabon wird gemeldet, daß die republikanischen Truppen die Monarchisten aus Galicien vertrieben. Zahlreiche Truppen sind gegen Coimbra und weiter vorwärts auf dem Marsch.

Lissabon. In Oporto und im Norden der Gegend die Lage unverändert, aber die Kolonnen sind unterbrochen, um den Aufstand niederzujerkeln.

Stockholm. Nach Berichten aus Petersburg über Helsingfors zeigt der Staatshaushalt der Sowjet-Regierung für 1919 einen Fehlbetrag von 163 Milliarden Rubel.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 31. Jan. (Die Garnison von Mainz.) Die Stadt Mainz wird in einigen Tagen das marokkanische Kolonial-Infanterie-Regiment, eine der hervorragendsten Truppen der französischen Armee empfangen und zu ihrer Garnison rechnen können. Diese Truppe ist vielleicht die berühmteste der ganzen französischen Infanterie. Zehnmal im Armeebefehl erwählt und ausgezeichnet, hat sie mit Erfolg an allen Kämpfen teilgenommen, nachdem sie ihren Ruf in Marokko begründet hatte.

Worms, 31. Jan. (Verurteilungen.) Die hiesige Polizeiverwaltung gibt auf Anweisung der französischen Militärbehörde bekannt, daß durch Urteil des Kriegsgerichts der 2. D. G. V. vom 21. Januar 1919 verurteilt wurden: 1. Hubel, David, wohnhaft in Bodenheim, 5 Jahren Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe wegen Verhehlung von Gegenständen, die in der Verhehlung von Reims durch einen deutschen Soldaten gestohlen worden waren. — 2. Schmidt, Friedrich, wohnhaft in Freimersheim, zu 3 Jahren Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls von Kleidungsstücken zum Wert von 80 Fr. Nachteil französischer Soldaten, die bei ihm einquartiert waren. — 3. Oswald, Barbara, wohnhaft in Weinsheim, zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager von Pfälzheim, wo sie bei der Beschäftigung war. — 4. Göb, Wilhelm, wohnhaft in Leinheim, zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager von Pfälzheim, wo sie bei der Beschäftigung war. — 5. Schröder, Jean Heinrich, wohnhaft in Worms, zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager von Pfälzheim, wo sie bei der Beschäftigung war. — 6. Hoyer, Wilhelm, wohnhaft in Worms, zu 2 Jahren Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls in der Wormser Kaserne. — 7. Weng, Friedrich, wohnhaft in Worms, zu 2 Jahren Gefängnis und 6 Monaten Gefängnis und 250 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls in der Kaserne. — 8. Folzemer, Jean, wohnhaft in Herrnsheim, zu 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls. — 9. Wittmann, Valentin und Vergtrauer, Gertrude, wohnhaft in Worms, zu je 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfälzheim, wo sie beschäftigt waren. — 10. Wehringer, Valentin, wohnhaft in Herrnsheim, zu 3 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfälzheim, wo er beschäftigt war. — 11. Kiefer, Eufimie, wohnhaft in Herrnsheim, zu 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfälzheim, wo sie beschäftigt war.

Aus dem Rheingau, 31. Jan. (Vom Weinverehr und Weinbau.) Nachdem von der Weinverehr an bis über die Mitte des Jahres bis. hinaus fast jeglicher Weinverkauf gestoppt hat, so daß man von einer wirklich gezahlten Preis kaum reden konnte, setzte in der neuesten Zeit plötzlich so lebhaft ein, daß in manchen Orten wohl der größte Teil des neuen Weins bereits verkauft ist. Täglich kommen zahlreiche Abkäufer zustande, und fast alle Winzerkeller wurden von Kaufstücken besucht. Für die kleinen Weine wurden anfangs 2300, 2500, 3000 und 3300 Mark das Stück (zu 1200 Liter) bezahlt; demgegenüber stieg der Preis auf 3500, und zuletzt wurden 4000 Mark angelegt. So zu Winkel, Oestrich, Mittelheim, Erbach, Hattenheim etc. In der Erwartung weiteren Steigens der Preise halten viele Winzer noch zurück. Die französische Besatzungsbehörde zu Rudesheim hat als Höchstpreis für die Straußwirtschaften einschließlich der Steuer 4 Mark das Liter für den ganzen Rheingau festgesetzt. — Kupfer, Zinn und Eisen werden wieder durch die Gemeinden geliefert und müssen jetzt bereits bestellt werden. Das Wintergraben der Weinberge nimmt seinen Fortgang; auch ist bereits vieles geschnitten. Verhältnismäßig zahlreiche Weinberge gingen in anderen Besitz zu regelmäßigen Preisen.

Saarbrücken, 31. Jan. (Französische Militärverwaltung.) Auf Veranlassung des kommandierenden Generals der 10. Armee ist der Arbeitsbesetzung in Saarbrücken eine gewisse Men-

Es ist zur Verfügung gestellt worden, die für die Aram- und Kinder bestimmt ist. Von der französischen Mi- nisterei sind zunächst 500 Kisten konzentrierte Milch beschaffen worden. Jede Kiste enthält 48 Dosen von 10 bis 500 Gramm, entsprechend zwei bis drei Liter Milch. Diese Dosen Milch werden der Bevölkerung zum gleichen Preise wie den Franzosen überlassen.

Koblenz, 31. Jan. (Für Reisende.) Nach dem neuen Polizeiverordnung hat sich jeder Fremde im Gebiet nach Koblenz kommt, sofort zu jeder Tages- und Nachtzeit auf der Polizeiwache anzumelden, und zwar wenn sein Aufenthalt nur auf einige Stunden be- schränkt ist. Weder Gasthöfe noch Privats dürfen solche Personen aufnehmen, wenn sie nicht den schriftlichen Nachweis der Anmeldung erbringen. Nichtbeachtung dieser Bestimmung zieht die sofortige Verhaftung der Personen und strengste Verurteilung nach sich.

Vom Mittelrhein, 31. Jan. (Wein.) Der 1918er Wein entwickelt sich recht schnell und zeigt sich als ein gewöhnlicher von mittlerer Sorte und Art. Er muß noch viel Säure verlieren. Das Geschäft ist ziemlich ruhig. Die wenigen Verkäufe erzielten Preise sind im allgemeinen nicht besonders maßgebend. Das Ruder 1917er wurde veräußert bis zu 9000 Mk. verkauft.

Wesel, 31. Jan. (Rein Spielzeug.) Beim Spielen mit Feuerhandgranaten entstand hier ein großes Unglück. Drei Schulkinder im Alter von 10 bis 14 Jahren wurden von den Splittern einer explodierten Handgranate getroffen. Ein Knabe wurde sehr schwer verletzt am Kopf und Unterleib, einem zweiten die Finger der rechten Hand abgerissen, während der dritte mit leichten Verletzungen davontam. Alle drei Kinder wurden dem Marienhospital zugeführt.

Kleine Chronik.

Geistliche Belege. Nachts wurde aus einem un- erschlossenen Zimmer des Bezirkskommandos in Bar- nen ein Geldschrank gestohlen, der neben einem Barbetrag von etwa 1000 Mark die Belege über Ausgaben in Höhe von etwa 1 1/2 Mill. Mk. enthielt, die der Soldatentrat und das Bezirkskommando ge- habt haben. Der Schrank, der gewaltsam aufgebro- chen war, wurde in einer abgelegenen Straße wiederge- funden. Der Inhalt war herausgenommen. Wer den Diebstahl ausgeführt hat, steht noch nicht fest, doch un- terliegt es kaum einem Zweifel, daß die Diebe, die mit ihrem Verhältnissen an Ort und Stelle genau vertraut gewesen sein müssen, es weniger auf das Geld als auf die Dokumente abgesehen haben, die zwei Tage später in einer übergeordneten Stelle geprüft werden sollten.

Eine ganze Familie verhaftet. In Aussenau bei Wächtersbach ist eine große Betrugs- und Unter- schlagungs- und Heeresgut aufgebrochen worden, in- dem die ganze Familie des Landwirts Seibel, Robert, Walter, Mutter, Sohn und Tochter, von der Staatsan- waltschaft in Hanau verhaftet wurden. Der Sohn hatte ein Pferd nach Hause entführt, das abgeschlachtet wor- den war. Bei einer darauf veranstalteten Hausdurchsuchung wurde ein großer Warenlager zu Tage, u. a. 80 Paar Schuhe und 60 Decken, ferner Hemden, Unterhosen, Strümpfe, Handschuhe, Brillen, Mäntel, 18 Mäntel und eine Menge Hafer. Schließlich wurden auch größere Stücke Kriegsartikel und hin- ter den Bildern an der Wand ein Bargeldbetrag von 230 000 Mark gefunden.

230 000 Arbeitslose. Nach Mitteilungen des städti- schen Büros der Stadt Berlin sind im Augenblick in der Hauptstadt rund 150 000 Arbeitslose eingetragen. Einzu- rechnen kommen noch die Arbeitslosen der Vororte, so daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin mehr als 230 000 beträgt. Diese Zahl ist noch dauernd im An- wachsen, da die Zahl der Arbeitsangebote nur gering, die Arbeitswilligkeit aber noch geringer ist. Erst wenn wieder genügend Rohstoffe zur Verfügung stehen und die durch den Kohlenmangel lahmgelegten Fabriken wie- der arbeiten können, dürfte sich das Arbeitsangebot wie- der heben. Größere Mengen von Arbeitern werden für die Niederläufigen Braunkohlenwerke angefordert. Die Arbeiter sollen einen Lohn von neun Mark für den Tag erhalten. Da die Arbeiter aber 7-8 Mark Erwerbs- losen für sich erhalten, so nehmen sie die Arbeit nicht an. Ähnlich liegt es bei anderen Arbeitsangeboten in den Städte und Kreise, die liegen bleiben, da die Arbei- ter nach ihrer Meinung nicht genug verdienen. Auch der Andrang von stehenden Frauen wird täglich stärker.

Rosa Luxemburg. Gegenüber der Meldung des Berliner Korrespondenten des „Amsterdamer Handels- blatts“, daß Rosa Luxemburg nicht tot sei, sondern in Berlin im Versteck geblieben sei, wird in Ber- lin bestimmt versichert, daß Rosa Luxemburg tatsächlich tot sei.

Ein Putz in Königsberg? Es schwirren die wil- desten Gerüchte durch die Stadt. Allgemein glaubt man an einen bevorstehenden Putz der Stadt, die die- selbe wie es heißt, sich Königsberg nach Berliner Muster bemächtigen wollen. Genauer läßt sich augenblicklich nichts über die dortige Lage nicht mitteilen. Wie die „Post- und Telegramm“ erzählt, soll bald eine amtliche Darstellung über die Lage in Königsberg erfolgen.

500 000 Mark Schmiedegeld. Eine große Ein- nahme im großen Umfang unternehmen hat, ist ermit- telt und festgestellt worden. Die Diebe hatten sich schon meist am Tage mit den dort stehenden militäri- schen Posten in Verbindung gesetzt und an mehrere Schmiedegeld im Betrag von 500 000 Mark verteilt, worauf sie nachts nur ein Auge zudrücken, son- dern sogar noch auspacken, daß die Schmiedegeld nicht mehr vorhanden. In einem Falle wurden von einer Bande von etwa 20 Personen nachts auf einem Platz der Heeresverwaltung 30 Zentner Kalas, 36 Zentner Patronen, 10 000 Zigaretten, 50 000 Zigaretten gestoh- len. Nachher wurden 8 Personen verhaftet, darunter 5 Frauen.

Terrorismus. Aus dem Kreise Pless wird berich- tet: Die Wahlen zur Nationalversammlung standen hier unter einem Terror schwebend. Es wurden gegen die Wähler, die zur Wahl gingen, Drohungen ausgesprochen, daß sie sich ein großer Teil der Leute von der Wahl abhalten lassen. Selbst Kinder suchten noch vor

dem Wahllokal die Wähler abzuhalten. Dazu kam der Terrorismus auf der Wenzengrube. Am Grubenar- beiter wagte dort zur Wahl zu gehen.

Handel und Verkehr.

(.) Reichsbank. In einer Sitzung des Zen- tralausschusses sprach Präsident Dr. Haven- stein die Entwicklung des Standes der Bank während der letzten vier Wochen. Er betonte, daß die Anlage- rechnungen infolge des fortgesetzten starken Kreditbedarfes des Reiches während der Verichtszeit wieder erheblich mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres zu- genommen haben, daß auf der anderen Seite aber die fremden Gelder diesmal einen beträchtlichen Zuwachs aufwiesen, während sie in der gleichen Zeit vor einem Jahr erheblich abgenommen hatten. Nach den weiteren

Ausführungen des Präsidenten kann die Zahlungsmittelkrise in der Hauptsache als behoben an- gesehen werden. Ein wesentlicher Teil der in der Verichtszeit neu ausgegebenen Zahlungsmittel diente der Erfüllung der im Waffensstillstandsabkommen übernom- menen Zahlungsverpflichtungen des Reiches.

Lokales und Allgemeines.

Die Kartoffel- und Fleischration. Die Mit- teilungen aus dem Reichs Ernährungsamt schreiben: Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelvor- räte eine möglichst sparsame Wirtschaft er- fordert, hat der Staatssekretär des Reichs Ernährungs- amts zur Streckung der vorhandenen Bestände ange- ordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Kar- toffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Von dem gleichen Zeitpunkt ab hat eine Senkung der täglichen Ration der Selbstversorger von 1 1/2 auf 1 Pfund zu erfolgen. Die Reichsartoffelstelle ist angewiesen, das Nötigste zu veranlassen. — Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, soll vom 3. Februar an die Wochentopfmenge Fleisch für die Verfor- gungsberechtigten um je 100 Gramm erhöht werden, so daß statt der bisherigen 100 Gramm in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern 200, statt 150 Gramm in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 250 Gramm und statt der 200 Gramm in den Ge- meinden von 100 000 und mehr Einwohnern 300 Gr. auf den Kopf wöchentlich unter Wegfall der Schwer- und Schwerarbeiterzulagen, abgesehen von den Zu- lagen für Bergarbeiter unter Tage, die bestehen blei- ben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die den Selbstversor- gern zustehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht worden. (30-50 Mark die Rute) über.

Das Ende der Feldpost. Nach einem Erlaß des Staatssekretärs des Reichspostamts treten infolge der Demobilisierung die des Heeres- und Marine- Angehörigen gewährten Portovergünstigungen für Feld- postsendungen bis 31. Januar außer Kraft. Für Heeres- und Marineangehörige in den besetzten Gebieten erlöschen die Vergünstigungen einheitlich mit dem Ueber- tritt auf heimischen Boden. Vom 1. Februar 1919 ab erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Ange- hörigen des Heeres und der Marine im Inlande nach den dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Sol- datenbrief).

Rückgang der Eisenbahn-Einnahmen. Die Monatsausweise der Eisenbahnverwaltung verdienen jetzt die größte Aufmerksamkeit, spiegeln sie doch die Wirkung der Umwälzung in Zahlen wider. Die Ein- nahmen betrugen im November 1918 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres aus dem Personen- verkehr 10 485 000 Mark, das sind 14,88 Prozent. Bei dem Güterverkehr wurden gegenüber dem Novem- ber 1917 40 250 000 Mark gleich 24,61 Prozent we- niger als im Vorjahr verzeichnet trotz der am 1. April 1918 eingeführten Tarifierhöhung von 15 Pro- zent. Als Gesamtbild ergibt sich demnach eine Min- dererinnahme aus dem Verkehr überhaupt um 30 465 000 Mark gleich 12,86 Prozent. Aus sonstigen Quellen ergab sich eine kleine Mehreinnahme, so daß das Gesamtbild des November 1918 um 27 890 000 Mark gleich 10,19 Prozent schlechter ist als das des November 1917. Aus diesen Zahlen läßt sich ein bin- diger Schluß auf die Wirkungen der Revolution für den Eisenbahnverkehr noch nicht ziehen, da mit diesem Monatsausweis erst 20 Tage der Umwälzung erfaßt sind.

Bermischtes.

Wie haben die Frauen gestimmt? Eine interes- sante Frage ist, wie die Frauen am 19. Januar ge- stimmt haben. Leider läßt sich das nur an ganz we- nigen Orten feststellen, nämlich wo die Wahlen für Män- ner und Frauen getrennt geführt worden sind. In Aachen in Belgien, haben von 100 männlichen Wäh- lern 55 Prozent für die bürgerliche Liste und 44,4 Pro- zent für die sozialdemokratische Liste gestimmt, von den weiblichen Wählern dagegen stimmten 64,7 Prozent für die bürgerliche Liste und 35,2 Prozent für die so- zialdemokratische Liste. In Oberhausen haben die- selbe Männer als Frauen für das Zentrum ge- stimmt, und in Spandau, wo die Trennung nur in einzelnen besonders großen Bezirken durchgeführt war, haben die Frauen ebenfalls den bürgerlichen Parteien den Vorzug gegeben. — Einige, die sozialdemokratisch wählten, hielten es wieder mehr mit den Unabhängigen.

Weinhandels-Aussichten.

Um die Aussichten, die sich dem Weinhandel links des Rheins nach der Öffnung der Rheinbrückenschei- telung zu Gunsten zu können, muß man sich die Lage auf der linken Rheinseite einmal anschauen vor Augen führen.

Auf der rechten Rheinseite herrscht laut Zeitungsbe- richten ein Zustand der inneren Auflösung. Es werden Löhne von nie vorher gekannter Höhe, Unterzahlungen für Arbeitslose in noch nicht gekannten Massen bezahlt.

Tafel streifen heute diese, morgen jene Betriebe. Die Hälfte der Arbeiter wird nur bezahlt, weil sie ruhig gehalten werden soll, beschäftigt kann sie nur in sehr geringem Maßstabe werden.

Es geht heute dem Arbeiter in geistlicher Beziehung besser wie früher. Die Nahrungs- und Genussmittel sind auf ein Minimum beschränkt und kann zu haben.

Die Folge dieses Zustandes ist, daß mehr denn je Zeit vorhanden ist, die man ausfüllen muß, mehr denn je, bei der herrschenden Kälte und der Unsicherheit der Lage das Bedürfnis besteht, sich in Räumen zu sammeln, um sich zu wärmen, um aber auch um Meinungen auszutauschen.

Daß bei dieser Gelegenheit auch etwas verzehrt werden muß, ist selbstverständlich. Da nun aber das Bier kaum noch genießbar, Alkohol sonst gar nicht zu haben ist, bleibt nur der Wein als Konsumtionsmittel noch übrig.

Die Folge ist, daß die auf der anderen Rheinseite vorhandenen Vorräte an Wein und Spirituosen sehr schnell abnehmen und sehr bald auch nicht mehr zu haben sein werden.

Daraus ergibt sich, daß eine Nachfrage nach Wein bei Öffnung der Rheinbrücke mindestens in demselben Umfang wie während der Zeit der Heereslieferungen vorhanden sein wird. In Baden bezahlt man derzeit 3.50 Mark für den halben Liter und die leeren Fässer nehmen trotz dieses Preises stets zu.

Es ist also mit Aufhebung der Sperre unbedingt auf höhere Preise zu rechnen; mit Recht besteht heute die Hoffnung, daß man zum mindesten auf Preise rechnen kann, die wenn nicht gar gewinnbringend, so doch sicher ausgleichend sind.

Wie es dann auf die Dauer weiter gehen wird, ist nicht vorzusagen. Dieses hängt vielmehr von der ganzen Gestaltung der Weltlage und vor allen Dingen von dem Ausfall der Friedensverhandlungen ab.

Wird sich nach dem Frieden für Deutschland nur einigermassen die Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu er- halten und seine Industrie zu beschäftigen, so wird auch die Lage zum Verbrauch vorhanden sein; ist dieses aber nicht der Fall und können die Arbeiter nicht in vollem Maße beschäftigt werden, werden vielmehr die Aus- gaben für Unterhaltungen und Löhne in derselben Weise wie bisher fort, so wird wohl nicht ein einziger, oder nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung in der Lage sein, Wein zu kaufen.

Dann wird nur noch für die Firmen, welche sich eine Privatländschaft zu halten und zu erziehen wußten, Möglichkeit vorhanden sein, Wein zu verkaufen.

Für die Dauer von mehreren Jahren wird zwar die Konkurrenz des Bieres noch ausgeschaltet sein, aber es wird auch an Geldmitteln fehlen, Wein zu verzehren.

Eines dürfen wir dabei nie vergessen: wenn auch das Gesetz den Wein während des Krieges als Lebens- mittel bezeichnete, so wird derselbe trotz und allem vom Publikum stets als Genussmittel betrachtet werden. Er hat in Deutschland niemals als tägliches, notwendi- ges Nahrungsmittel zu den Mahlzeiten gegossen und wird es auch kaum werden.

Die Teuerung der Gegenstände des täglichen Bedar- fes hat bis heute angehalten und wird nicht so bald nachlassen.

Da wird es das Bestreben eines jeden sein, sich zu- erst mit Nahrungsmitteln zu versehen und bei ganz sel- tenen Anlässen vielleicht einmal ein Glas Wein zu trinken.

Das Absatzgebiet für den deutschen Wein wird un- bedingt das Ausland sein und lange Zeit bleiben. Es muß daher das Bestreben eines jeden Weinbauers sein, sich im Auslande eine zahlungskräftige und für großen Konsum fähige Kundenschaft zu suchen, will er sein Geschäft nicht nur dieses Jahr, sondern dauernd rentabel gestalten.

Weiteres von der Wahl. Fast alle öffentlichen Wahlen schon früher stets eine Mischung von Epifoden aller Art aufzuweisen gehabt, so sind die letzten Wahlen die zum ersten Male auch die deutsche Frau an die Wahlurne führten, besonders reich an heiteren Zwischen- fällen. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Frauen von ihrem so urplötzlich ihnen zugefallenen politischen Recht mit stolzer Freude sehr ausgiebigen Gebrauch mach- ten. Die hohe Prozentzahl der Abstimmenden beweist dies deutlich. Bei vielen Wählerinnen machte sich indes eine leicht begreifbare Unsicherheit, eine gewisse Angst- lichkeit und nervöse Erregung bemerkbar. So brachte in Mainz ein altes Mütterchen seinen Stimmzettel fest verschlossen in der Handtasche an den Wahllokal, wo es erst merkte, daß es den Stimmzettel zur Tasche zu Hause hatte liegen lassen. Es ließ sich aber um alles in der Welt keinen anderen Stimmzettel „ausdrücken“. Eine andere Wählerin war hierin viel weiser. Sie nahm jeden ihr angebotenen Wahllokal und Stimmzettel jeder Richtung mit herzlichem Danke an, verstaute all- diese Dryaden später im amtlichen Kasten und gab dieses blaue bunte Mädel triumphierend mit der Bemerkung ab, sie glaube, daß nun nichts mehr schle, denn sie habe so viel hineingetan, als das Ku- vert fassen könnte. Wieder andere gaben in aller Seelen- ruhe das leere Kuvert ab und setzten ihren Stimmzettel im Bretterverschlag nieder. Eine alte Frau stand in heller Verzweiflung lange im Verschlag und wartete bis man nach ihr sah. Da bemerkte sie in sichtlich Erregung, daß sie den Kasten für den Stimmzettel im Verschlag nicht finden könne. Daß gar manche Wäh- lerin statt des Stimmzettels eine Rechnung und eine an- dere gar ihren Personalausweis in das Kuvert steck- te und abgab, erregte bei der späteren Zählung der Stim- men oft große Heiterkeit. Eine Frau meinte zu ihrer politischen Gegnerin: „Du, du darfst Du nicht wählen, Du stimmst doch annerkelt wie ich! Eine sel- tene Weisheit in ihrer politischen Auffassung be- wies eine alte Frau, die ganz naiv den Wahlvorsteher fragte: „wenn sie nun wählen müßte. Viele erbaten sich auch von ihrem Wahlvorsteher einen Stimmzettel, denn sie waren der Meinung, von sonst niemanden einen solchen annehmen zu dürfen. Von besonders heftiger, dankbarer Art war ein altes Mütterchen, das sich nach Erledigung seiner Wahlpflicht unter freudlichem Kopfnicken mit tiefem Aeng dafür bedankte, daß es in sei- nen alten Tagen noch habe wählen dürfen.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Punkt 4. Erledigung von Anträgen über Kartoffel-zuteilung an hiesige Bürger, welche Kartoffeln weder auf Karten noch auf Lieferscheine geliefert erhielten.

Zu 4. Den Anträgen wird stattgegeben und Verweisung an den Herrn Kommissionsrat Altmaier zur Prüfung mit Kommissionsmitgliedern und dementsprechende Zuweisung von Kartoffeln.

Punkt 5. Festlegen des Preises für Dörrobst.

Zu 5. In hiesiger Gemeinde lagern ca. 24 Zentner Dörrobst, bestehend aus Äpfeln, Birnen und Zwetschen, welche demnächst teilweise zur Ausgabe gelangen sollen. Die Ware besteht aus vorzüglicher Qualität. Da die Dörrobst des Obstes zweimal geschehen ist, stellt sich der Erzeugerpreis auf 4.00 M. pro Pfund. Die Kommission beschließt die Ware in noch näher bekanntzugebender Verteilung, dieselbe zum Erzeugerpreis von 4.00 M. pro Pfund wieder zu veräußern.

Punkt 6. Bericht über die Milchlieferung und Verkauf in letzter Zeit.

Zu 6. Herr Theis berichtet über die Anlieferung von Milch. Es sind in letzter Zeit größere Mengen als Fehlquantum zu verzeichnen. Die Kommission richtet nochmals die dringendste Bitte die Milchlieferung nicht zu kürzen, da die Ernährung der Kinder und der alten Leute, einerseits in ihrem Entwicklungsstadium, andererseits in der Kräfteerhaltung, viel zu wünschen übrig läßt. Gerade in der Ehrlichkeit der Ablieferung, was eben zu entbehren ist, ist es möglich, daß die hiesige Gemeindeverwaltung ihrer Aufgabe betr. Ernährung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte gerecht werden kann.

Punkt 7. Verschiedenes.

Zu 7. Die Kommission hat Vorzugskarten anfertigen lassen, welche den Zweck haben, daß kränkliche oder schwangere Personen bei allen Lebensmittel-Karten Kohlen, etc. Ausgaben sofort berücksichtigt werden. Die Karten sind nicht übertragbar. Es wird hierüber ein namentliches Verzeichnis geführt und sind solche Karten von dem jeweiligen Besitzer nach Ablauf des Anspruchs ohne Aufforderung an den Herrn Theis zurückzugeben.

7b. Hiesige Geschäfte, welche das von der Gemeinde eingemachte Sauerkraut zum Verkauf bringen wollen, wollen sich beim Bedarf desselben an den Lebensmittel-kontrollleur Herrn Theis wenden.

7c. Auf die seiner Zeit eingereichten Beschwerden wegen Brotherstellung besonders wegen Weisbrot ging von dem Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses nachstehende Antwort ein.

Auf die Eingabe vom 18. Dez. 1918 erwidere ich bezüglich der Krankenbrotherstellung, daß Klagen über das Krankenbrot vom Bäcker Dörhöfer und Blees gebaden, nicht laut geworden sind. Die Anstände, welche von der Lebensmittelkommission festgestellt sind, müssen soweit es hier die Erfahrungen lehren, auf nicht genügende Umsicht des Bäckermeisters Boller zurück zu führen sein. Der Müller Hattmer ist mit seinen Mehllieferungen an die Bäcker im hiesigen Kreis bis heute stets pünktlich nachgekommen und sind entsprechende Klagen bei der Kreiskornstelle nicht nachzuweisen. Hattmer wurde jedoch auf die Beschuldigung des p. Boller aufmerksam gemacht und angehalten, auf alle Fälle dafür Sorge zu tragen, daß dem p. Boller das Mehl für das Krankenbrotbrot sofort und pünktlich geliefert wird, damit möglichst alle Klagen und Beschwerden von Seiten der Bevölkerung vermieden werden. Die Herstellung des Krankenmehls kann in der Mühle Traiser nicht stattfinden, da Traiser bereits mit der 94%igen Ausmahlung für die ihm überwiesenen Kunden überlastet ist und seine Mühle für größere Leistungen nicht eingerichtet ist. Auch sind von dem preussischen Landesgetreideamt entsprechende Anordnungen getroffen, die die Herstellung von Auszugsmehl nur in bestimmten Mühlen zulassen. Als die geeignete für den vorliegenden Bezirk ist die Mühle Anton Hattmer erkannt und bestimmt worden. Gleichzeitig bemerke ich, daß demnächst wieder ein Wechsel für das Krankenbrotbrot vorgenommen wird und dürfte vielleicht zu erwarten sein, daß sich die argeführten Mängel von sich beheben. Sollte ein anderer sehr guter Vorschlag von dort aus gemacht werden können, so wäre ich sehr dankbar.

S. B. gez. Schlitt.

7d. Die seiner Zeit in hiesiger Gegend von bekannten Zeitungen ungerechtigt nachgedruckte Beurteilung der hies. Gemeinde betr. Vernachlässigung der Ablieferungspflicht von Kartoffeln folgt hierunter eine Richtigstellung mit der Bitte, daß auch diese bekannten Zeitungen nachstehendes aufnehmen wollen.

Flörsheim, den 17. Januar 1919.

An den Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses Wiesbaden, durch den Herrn Bürgermeister Hier.

In Beantwortung Ihres gefl. Schreibens vom 21. Dezember 1918 betr. Vernachlässigung der Ablieferungspflicht und Ablehnung der Verantwortung für die Ernährung der Gemeinde Flörsheim, mit Kartoffeln gestatten wir uns zur Aufklärung und Rechtfertigung folgendes mitzuteilen.

Die Begründung geschieht ganz in Verkennung der hiesigen Verhältnisse. Wir haben wohl mit 711 Morgen die größte Anbaufläche des Kreises, doch Kriegsumstände und allgemeine Trockenheit verhalten uns zu dieser Missernte. Von 711 Morgen Kartoffelanbaufläche sind nahezu 300 Morgen Sandfeld. In Frühjahr Kartoffeln hatten wir einen vollständigen Ernteausfall. Die einzelnen Bauernwirtschaften waren zum großen Teil an Arbeiter und sonstige kleine Leute verpachtet. Der Boden wurde nicht gedüngt und im Herbst nicht bearbeitet. Der Viehbestand der einzelnen Bauernwirtschaften ist auf die Hälfte zurückgegangen, z. B. hier in

Flörsheim wurden vor dem Kriege in der Großgänsezucht (vom 1. Aug. bis 1. Januar) über 100 000 Gänse gemästet. Der Dung von diesen Tieren, sowie der unseres halben Viehbestandes fehlt heute unserer Landwirtschaft. Die Düngpolzhandlung Bolt-Rüsselsheim lieferte in Friedenszeiten 400 Ztr. Streupelz zur Kartoffelaussaat. Diese Düngemittel fehlen seit 1916, Kalisalz und andere künstliche Düngemittel wurden in unzureichenden Mengen geliefert. Die gelieferten Saatkartoffeln waren sehr schlecht, zum größten Teil nicht keimfähig. Eine Menge kleiner Leute und Arbeiter aßen aus Not und Hunger ein Teil Saatkartoffeln und setzten dann die einzelnen Stöcke meterweit auseinander. Um nun das Werk des Unglücks und Mißwuchses zu krönen, verrottete die ganze Frühjahrsernte. Der Hunger trieb nun die Menschen an die unreifen grünen Spätkartoffeln. Jetzt fehlen ohne daß einer von Flörsheim verantwortlich gemacht werden kann, eine Menge Kartoffeln. Die Flörsheimer Landwirte haben schon immer ihre Pflicht erfüllt und haben in diesem Jahre außer der Versorgung Flörsheims noch 700 Ztr. an den Kommunalverband geliefert. Wenn die Natur nichts wachsen läßt, können sie auch nichts geben.

Wir haben die feste Überzeugung, daß bei einer ordentlichen Kellerrückführung pp. jedoch so viele Kartoffeln erspart werden können, daß die hiesige Bevölkerung versorgt werden kann. (Ist bereits geschehen.)

Die Lebensmittelkommission. Der Vorsitzende: gez. Claas.

Hier folgt nunmehr die Antwort der Kreiskartoffelstelle, Wiesbaden, auf obige Richtigstellung, welche wie folgt lautet:

Wiesbaden, den 24. Januar 1919.

Urchriftlich an die Lebensmittelkommission der Gemeinde Flörsheim.

Die angeführten Gründe können hier keineswegs ganz überzeugen. Die schwierigen Verhältnisse waren für alle Gemeinden des Kreises ungefähr gleich und doch haben andere Gemeinden ihre Ablieferungspflicht dem Kreise gegenüber nicht vergessen. Der Durchschnitt von 54 Zentnern ist festgesetzt worden in der Kreisausschüttung, in der auch Flörsheim vertreten war.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses i. B. gez. Schlitt.

Bewundernswert wird es der Öffentlichkeit nunmehr sein, hieraus zu entnehmen, daß die Gemeinde in keiner Weise die Ablieferungspflicht vernachlässigt hat, sondern daß jetzt lediglich die Schuld die Festsetzung des Durchschnittsvertrages von 54 Ztr. pro Morgen ist. Hätten die betreffenden Herren von Flörsheim, die in der Kreisausschüttung zugegen waren, nicht zugebilligt, dann wäre dieser Abweisungskampf betr. Ausführung von Kartoffeln nicht nötig gewesen und die hiesigen Bürger wären zur rechten Zeit mit genügend Kartoffeln versorgt worden. Sobald nun die Namen der betreffenden Herren bekannt sind, die für 54 Ztr. reine Speisekartoffeln pro Morgen zugestimmt haben, werden wir sie im nächsten Sitzungsbericht veröffentlichen.

7e. Wegen schlechter Belieferung von Butter und Margarine soll sofort eine Kommission in Wiesbaden vorprechen, auf welche Ursache dies zurückzuführen sei. Die Sitzung wurde um 10 Uhr geschlossen. Flörsheim, den 30. Januar 1919.

Die Lebensmittelkommission. Der Vorsitzende: Claas.

Deutsch-französisch u. französisch-Deutsch empfiehlt Heinrich Dreisbach.

Dictionnaire

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 11.45 Uhr meinen treuen Gatten, unseren lieben guten Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Josef Kohl II.
Kassenbote

nach längerem Krankenlager und mit grosser Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 76 Jahren, in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

I. d. der Hinterbliebenen
Anna Maria Kohl Ww. u. Kinder.

Flörsheim, den 4. Februar 1919.

Die Beerdigung findet statt: Donnerstag Nachmittag 3.30 Uhr vom Sterbehause Bleichstrasse 13 aus.
Das erste Seelenamt ist am Donnerstag vormittag 6.30 Uhr.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch 6.30 Uhr Amt für Christof Gattenhof u. Altersge 7 Uhr 8. Seelenamt für Johann Richter.
Donnerstag 6.30 Uhr Amt für Johann und Magd. Edert. geist. Segensmesse für Wigand Hochheimer.

Katholischer Gottesdienst in Eddersheim.

Mittwoch: geist. Seelenamt für Pfarrer Franz Karl Schenl. Donnerstag: best. Amt für Johann und Barbara Reuter.

Ein Milchschaf zu verkaufen
Wo, sagt der Verle

Ein Portemonnaie mit In

wurde am Schaufenster der Geschäftsstelle von Vog & Sohn gelassen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gute Belohnung im Verlag der „Flörsch Zeitung“ abzugeben.



Mittwoch, den 5. Februar
große

Auswahl in Fert

im Gasthaus zum „Hirsch“.

Heinrich Herziger, Viehhandlg., Schier

Stenographen-Verein „Kabelberg“

Flörsheim am Main.

In der Grabenstrasschule beginnen:

Freitag, den 7. Febr. 1919, abends 7.45

ein „Fortbildungs-Unterricht“

Freitag, den 14. Febr. 1919, abends 7.45

ein „Anfänger-Unterricht“

Die Kosten für den Anfänger-Unterricht betragen ausschließlich Lehrgang und Hefte M. 8.—.

Anmeldungen hierzu werden bis zum 14. Februar bei Herrn J. Thomas, Obertaunusstrasse 4 und 5, Claudius Siegfried, Grabenstrasse, entgegengenommen.

Die Mitglieder werden ganz besonders gebeten, dem Fortbildungs-Unterricht pünktlich u. regelmäßig zuzuhören. Der Vorstand: J. A. J. Thom

Stube und Küche

zu mieten gesucht. Näheres im Be

Gesang- und

Gebet-Büch

für weissen Sonntag

Poesie-Album „Album-Bild

empfiehlt

ANDREAS JOST, Eddershe

Bahnhofstrasse 39.

Rüchenhände — Arb

hände

werden samtweich und zart

Wia — Vera — Cr

Tube 1.20 M.

Hilft über Nacht Besser al

fehlende Glycerin!

Apothete zu Flörsch

Arbei

Gegen Husten u

Heiserkeit.

Hustentropfen für Kinder

11. Flasche 1.20 M.

Hustentropfen für Erwachsene

11. Flasche 1.20 M.

Hustentropfen für Kinder

11. Flasche 1.20 M.

Hustentropfen für Erwachsene

11. Flasche 1.20 M.

Hustentropfen für Kinder

11. Flasche 1.20 M.

Hustentropfen für Erwachsene

11. Flasche 1.20 M.

Hustentropfen für Kinder

11. Flasche 1.20 M.

Hustentropfen für Erwachsene

11. Flasche 1.20 M.

Hustentropfen für Kinder